

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
12 (1898)**

21 (26.1.1898)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-249480](#)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat (incl. Bezugserlösen) 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; durch die Post bezogen (Postzeitungszettel Nr. 5582) vierteljährlich 100 Pf., für 2 Monate 1,40 Pf., monatlich 70 Pf. egl. Briefgeld.

Redaktion und Expedition:
Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.
Telephon-Anschluß Nr. 58.

Interesse werden die fünfseitige Corpusehe oder deren Raum mit 10 Pf. berechnet; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. Schwieriger Sach nach höherem Interesse. Interesse für die laufende Summe müssen bis spätestens 12 Uhr Mittag in der Expedition ausgegeben sein. Größere Interesse werden früher erbeten.

Nr. 21.

Bant, Mittwoch den 26. Januar 1898.

12. Jahrgang.

Mittelstandspolitik.

Ein halbes Jahrhundert ist vergangen, seitdem Marx und Engels in ihrem „Kommunistischen Manifest“ hinnwiesen auf die Ausgestaltung der Klassengegensätze in der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Es wird in diesem hochdeutl. historischen Dokument geschilbert, wie der Kapitalismus im Bunde mit Dampf und Maschinerie den industriellen Mittelstand vernichtet. „Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen in's Proletariat hinab, thiefs durch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegt, thiefs durch, daß die Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen (im Dienste des Kapitals) verwirkt wird.“

Der Erkenntnis dieser für die Beurtheilung des ganzen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsgesetzes höchst wichtigen Thatsache trägt das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Rechnung, indem es ausführt: „Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privat-eigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmittel bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verändert ihn in einen beschäftigten Proletarier, indem die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden. Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zerstückelten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe. Alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolistisch für das Proletariat und die verlinkten den Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeuten sie wachsende Zunahme der Un Sicherheit der Existenz, des Elends, des Drucks, der Nachfrage, der Erneuerung, der Ausbeutung.“

Diese Darlegungen sind, obwohl sie lediglich offenkundige Thatsachen betreffen, von den Vertretern des kapitalistischen Systems stets lebhaft bestritten und als solche bezeichnet worden, die der „Freundschaft der Sozialdemokratie gegen den staatenhaltenden Mittelstand“ ihre Entstehung verdanken.

Man hat behauptet, es sei nicht wahr, daß der Mittelstand zu Grunde gehe; derselbe sei gegenüber dem kapitalistischen System durchaus lebenskräftig und existent fähig.

Derartige Einwendungen zeugen entweder von arger Unwissenheit, oder sie sind tendenziöse Lügen, darauf berechnet, die Mittelstandsschichten über ihre Schicksal hinwegzutäuschen.

Wenn es noch eines besonderen Beweises dafür bedürfe, daß diese Schichten zerrieben werden und verschwinden, so wäre er gegeben in der sogenannten „Mittelstandspolitik“, deren Pflege sowohl weit Kreise des Mittelstandes selbst, als auch Regierungen und „staatenhaltende“ Parteien seit Jahren obliegen. Die Parole dieser Politik ist: „Dem Mittelstande muß auf den Wege des Gesetzgebungsabschlusses werden, damit er nicht der Vernichtung anheimfalle.“

Damit wird zweifelsohne die Richtigkeit der sozialdemokratischen „Idee“, betreffend den Untergang des Mittelstandes, vollaus bestätigt. Die Stimmen aus den Kreisen der Kleingewerbetreibenden selbst, die da energisch betonen, daß der Mittelstand verloren sei, wenn Staat und Gesetzgebung ihm nicht Schutz gewähren gegen die übermächtige großkapitalistische Konkurrenz, dürfen wohl als weitere Bestätigung erachtet werden.

Alle rechtssicheren „staatenhaltenden“ Parteien bestreiten sich einer „Mittelstandspolitik“, welche verhindern, daß sie redlich bemüht seien, dem Mittelstand zu helfen. Es würde aber ein großer Irrthum sein, zu glauben, daß die Verbündete von einem ernsten und ehrlichen Willen, von der Überzeugung, daß dem Mittelstand geholfen werden könne, distanziert ist. Die ganze Mittelstandspolitik jener Parteien verdarst ihre Entstehung und Entwicklung lediglich der Furcht vor dem „Umfang“, vor der Sozialdemokratie, in Verbindung mit politischer Berechnung zu Gunsten bestimmter Parteiinteressen. Der Mittelstand ist unzufrieden mit seiner Lage und wird es immer mehr; die große Masse der Kleingewerbetreibenden, der Handwerker u. s. f. führt bedingt von Not und Sorgen, eine wahrhaft proletarische Existenz, ist vielleicht noch schlechter daran, als die Klasse der Lohnarbeiter. Diesen Umstand suchen sich Regierungen, sowie die konserватiven, ultramontanen und antisemitischen Mittelstandspolitiker zu Ruhm zu machen. In der Hauptsache gilt es ihnen, das Kleinbürgertum durch

demagogische Vorstreuungen und Unternehmungen vor dem Anheimfall an die Sozialdemokratie zu bewahren und sich seiner für die Wahlen zu verlieren. Es handelt sich um elliche Millionen Stimmen, die bei der Reichstagswahl und bei Landtagswahlen ins Gewicht fallen. Um die Unterstützung der Kleinbetreibenden an der Wahlurne zu haben, schmiedet man ihnen, schwindelt man ihnen sichere und erfolgreiche Hilfe durch die Gesetzgebung vor. Und wenn es irgend geht, mißbrauchen die Mittelstandspolitiker im Parlament ihre Stellung dazu, „durch die That“ zu beweisen, daß sie es gut meinen“ mit dem Mittelstande, indem sie Gesetze schaffen, von denen sie behaupten, daß aus ihnen die Hilfe erwünscht. Besonders in der antisemitischen Partei hat der Umbung der „Mittelstandspolitik“ sich eine Pflegedame erobert. Mit diesem Umbung ist antijudaistisch, der, der G. Erdmannsdörffer, der einige Zeit in der „deutsch-sozialen Reformpartei“ praktiziert hat, in einer Schrift „Vom Auge zu“ (Verlag von Reinhold Werther, Hann. Münden). Der Verfasser schildert die jetzige Verarmung und die grandiose Wahlpolitik der Partei, die mit dem elenden Schlagwort, „Mittelstandspolitik“ die Partei für alles eingespannt, was den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt bedroht. Von seinen Ausführungen seien die folgenden hier wiedergegeben:

„Dieser Kampf für den Mittelstand, so theoretisch und praktisch unrichtig er auch ist, könnte doch immerhin noch gelinder beurtheilt werden, wenn er nicht in seinem Endziel eine Hinstanzierung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts hinausleite. Denn den jungen Mittelstand in seinem Bekann und Weinen erhalten, ihn unverändert in die Zukunft hineinzuhalten, wollen, wie dies der Herausgeber der Antisemiten ist, bedeutet vielfach nichts weiter, als veraltende, sich überlebende Betriebsformen des angeblichen Augens einer Klasse von Menschen wegen und jenen Preis zu konservieren, aber gleichzeitig der Gesamtheit an der Anwendung und Verwertung der technischen Verbesserungen zu behindern. Der weitsichtige Patriot und Volkswirth muß aber im Gegenseit hierzu in einer Linie das Ziel im Auge haben, das Deutsche Reich auf allen Gebieten, in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Gewerbe, technisch so leistungsfähig, so vollkommen

wie nur möglich zu machen, damit es im Stande ist, die wirtschaftlichen Konkurrenz, die ihm von allen Seiten drohen, aus dem Felde zu schlagen. Auf einer je höheren Stufe des technischen Fortschritts wir stehen, je intensiver wir unsere Produktion, unseren Handelsverkehr gestalten, je größer der Ertrag der von unsfer Landwirtschaft, unsfer Industrie erzeugten und bearbeiteten Produkte und Rohstoffe ist, um so unabhängiger, um so günstiger wird sich unter gesetztes wirtschaftliches Leben gehalten. Diese Entwicklung unserer vollen nationalen Produktionskraft wird nun aber wesentlich gehemmt und aufgehalten durch das Bestehen zahlloser Mittel-, Klein- und Zwergbetriebe, die mit minderwertigen und unvollkommenen Mitteln arbeiten und in denen wiederum eine zahlfreie Menschenmenge beschäftigt ist, die ihre produktive Kraft nicht voll oder in geeigneter Weise zur Geltung bringen kann und die daher vielfach zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig materielle Einkünfte aus ihrem Betriebe bezieht. Alle diese Leute jammern und klagen ob ihrer Not und klagen die Gesetzgebung, die liberale Reize, die Juden und alle möglichen anderen Faktoren als die Ureuber ihres Elendens an. Sie sind nicht weitsichtig genug, um zu erkennen, daß, wenn sich sehr auf eine Dece legen, auf der eigentlich nur fünf Platz finden können, eben keiner den nötigen Raum haben kann; sie sehen nicht ein, daß andere diese Menschen, sondern die Knappheit des Dece, oder aber ihre eigene zu grohe Zahl der wahre Grund für ihren Elend ist. Auf jener Dece ist. Eine allgemeine wirtschaftliche Gedächtnis der betreffenden Kreise ist die natürliche Folge. Das Betreiben zu vieler kleiner wirtschaftlicher Betriebe ist demnach ein Krebskraden, um die Frage, ob es ratsam, volkswirtschaftlich ehestensmehr dieartige Betriebe sämtlich zu erhalten, ja sie vielleicht noch zu vermehren — die „Serrumierung der Großbetriebe“ und die „Wieder einführung in den Mittelstand“ verlangt ja das weitsichtige „Antisemitische Handbuch“ — ist entschieden mit Nein zu beantworten. Ihre Überführung zu höheren Produktions- und Betriebsformen ist das Ziel, auf das hingestreikt werden muß, das Ziel, das die Möglichkeit gewährt, aus der Misere des Kleinfrämeriums herauszukommen, das die Voraussetzung für eine gelebliche wirtschaftliche Entwicklung ist. Die Übergänge aus der

Eine Bekehrung.

Roman von Georges Renard.

Autorisierte Übersetzung von Marie Kunert.

(Nachdruck verboten.)

Der dritte war gerade wie auf Bestellung vor ewigen Tagen von der Gegenseite um seinen Beifall gebeten worden. Allyn, der ehemalige Präsident der Rechtsanwaltschaft, der mehr als irgend ein anderer Gehör in Gerichtssälen stand, hatte seinen Beifall schon Herrn Albany zugesagt, demselben, gegen den die Klage gerichtet war.

So mußte Andree unter all den Fürsten des Rechtsanwaltsstandes die Runde machen. Überall stieß er auf begründete Weigerungen, und der Gedanke drängte sich immer mehr auf, daß seine Gegner mit diesen Leuten durch all die laufende Runde der Verwandtschaft, der gesellschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen aus engster Verknüpfung waren. Schließlich wandte er sich an einen jungen Advokaten, Exzeller, der von ernstem, solidem, wenn auch weniger glänzendem Geiste war, aber weder den Ruf, noch die Erfahrung des alten, geriebenen Schlaufkopfes hatte, mit dem er es aufnehmen sollte.

Inzwischen hatte auch die Anklagesammer gesprochen. Sie entschied, daß dem Antrag auf Verfolgung der Schulden nachzukommen sei. In ihr vor ihr Rot hielten die armen Advokaten zum erstenmal einen Moment der Freude und Hoffnung. Die Sache wurde ausnahmsweise an die achte Kammer gewiesen. Der Staatsanwalt Chapuis wurde damit beauftragt, die Anklage zu erheben.

Wieder vergingen Wochen um Wochen. Da hörte man plötzlich, daß der Staatsanwalt sein

Amt niedergelegt habe. Das unbestimmte Gerücht tauchte bald darauf auf, daß er seine Aufgabe zu erfüllen genommen, und daß die Regierung im Hinblick auf die hohe Stellung der Bevölkerung im Dece warten lassen wünschte.

Dadurch entstand eine neue Verzögerung, welche die Aktionäre fast zur Verzweiflung brachte. Der Staatsanwalt Martin, der an die Stelle seines Kollegen getreten war, brachte die ihm anvertraute Arbeit in aller Gemäßlichkeit zu Ende. Endlich kam der für die Hauptverhandlung angelegte Tag heran.

Es waren bloß fünf Monate verstrichen, seitdem die Klage anhängig gemacht worden war. Die Kenner des Gerichtspräzess waren einstimmig der Ansicht, daß die Sache einen außerordentlich schnellen Fortgang genommen hätte.

10. Kapitel.

Die acht Staatsrämer, die zu allen Zeiten schon etwas zu klein gewesen waren, ist heute überfüllt. Man erwartet eine jener spannenden Verhandlungen, die für gewisse Leute den Reiz einer Premiere im Theater haben. Dennoch ist die Frauennelke noch wenig zahlreich im Zuhörerraum vertreten. Die meisten Frauen suchen diesen Raum nur auf wenn irgend ein großer Wodopräzess zur Verhandlung steht, bei der sie dann ein doppelt aufregendes Schauspiel genießen, zunächst dasjenige, ohne Gesicht für ihre Person sich hier am Geruch des Blutes füttigen, nach Belieben alles betrachten zu können, was zu dem Verbrechen gehört, die Hände, welche den Wod vollzogen, das Messer, das den Körper versäumte, die Kiste, in der man die verhüllte Leiche verborg, dann aber auch das Schauspiel, in voller Sicherheit den gefährlichen

zögert, bald trozig Widerstand leistet, bald vor der gegen ihn entsetzten menschlichen Rente zurückweicht. Man könnte glauben, einem Stier gegen einen zu laufen müßte.

Wenig auch die eleganten Herren und Damen der großen Welt unter den Zuhörern fehlen, so kann man dafür auf der für die Mitglieder der Presse bestimmten Bank eine Menge Journalisten sehen. Andere Bänke wimmeln wieder von jungen Juristen, die sich zu einer großen Festrede hier eingefunden haben. Im Hintergrund des Saales erblüht man die Blüthe der Börsianer, mitten unter ihnen viele würdig aussehende Leute mit gerunzeltem Stirn. Das sind Advokaten, die darum奔nen, den Ausgang des Prozesses zu erfahren. Auch der alte Beamte ist dabei neugierig den Saal.

Ein merkwürdiger Versammlungsraum ist es, der die Veränderungen und die Zusammensetzung unserer Civilisation aufs deutlichste veranschaulicht. Der dunkelblaue Tapete, welche die Wände bekleidet, erinnern eingestreute goldene Blumen an das verlorenen Kaiserreich, während innen der Wand eine Gipsbüste der Republik in einer mit Bildhauerarbeit in Holz geschmückten Nische thront. Das ist ein Schmuck, wo er einen solchen Gerichtssaal, der nacheinander königlich, fairlich und national gewesen war, wohl zu kommt. Ganz im Hintergrund erhob sich ein Kreuz, das von den archäologischen Gefüßen des republikanischen Frankreich Jungfrau ablegen scheint, während über das Totem, das um den ganzen Saal läuft, sich in einer Arbeit der Begasen, die heldenhafte Begasen der alten Themen abheben. Man kann sich füglich

fragen, welches von diesen beiden religiösen Emblemen am wenigsten den Geist des zeitgenössischen Paris entpricht. Das Ganze trägt ein gewissermaßen theatralisches und falsches Gepräge: die Amtsroben und die Barets der drei Richter, der Rechtsanwalte und der Gerichtsdienster erinnern an eine feierliche Musterade, so wenig passen sie zu den modernen und oft recht würlös ausschauenden Physiognomien ihrer Träger. Der Gerichtsdienner, in ähnlicher Verzierung, waltet seines Amtes mit so wichtiger Miene und trägt dabei den Kopf so hoch, wie wenn er seine Vorgesetzten parodiert wollte. Vergesetzt vorläufig Andree danach, welches Interesse die Gesellschaft daran haben kann, diezen äußern, längst überlebten Apparat, der dem Widerstand der Justiz hier den Antheim einer Tragikomödie gibt, noch aufrecht zu erhalten. In der Tat: eine Tragikomödie, bei der die Schauspieler sich über sich selbst und über das, was sie thun, lustig machen.

Jetzt ist jeder auf seinem Posten. Der Präsident hat auf seinem Stuhl zwischen den beiden andern Richtern Platz genommen und blättert in den Akten, auf die sein kurfürstliches Antlitz höflich herabgeht. Links sitzt der Staatsanwalt, der Dienst der sozialen Vergeltung, und scheint zu schlummern.

Der Präsident hat die Sitzung für eröffnet erklärt. Die ersten zur Verhandlung kommenden Fälle werden aufgerufen. Eine häbliche Liste gemeiner Verbrechen! Doch hört Niemand zu. Man hört nur das Summen der Unterhaltung zwischen den Zuhörern in dem schwulen Gerichtssaal. Um der Form zu genügen, ruft der Gerichtsdienner von Zeit zu Zeit: „Ruhe!“ (Fortsetzung folgt.)



niedrigeren in die höhere Betriebsform verursachen den Volksforger allerdings mancherlei Schmerzen und Pein, und eine Hauptwichtigkeit in der heutigen Staatsfunktion besteht gerade darin, diese Möglichkeit zu erleichtern und zu mildern, die durch die vollkommenere Produktionsart häufig gewordene Kräfte nicht verloren, sondern anderweitig nutzbringend wirken zu lassen. Schonend und allmählich soll der Übergang erfolgen, wie überall im wirtschaftlichen Leben alle Sprünge vom Uebel sind. Der Drang nach wirtschaftlicher Selbständigkeit betrifft nicht in dem Maße die Situation, wie das von antisemitischer Seite dargestellt wird. Die wachsende ökonomische Unselbständigkeit ist nun einmal eine in der Entwicklung der Dinge liegende Entwicklung, die man allenfalls im Hinblick auf frühere „goldene Zeiten“ beklagen kann, die man aber nicht abwünschen vermag. Dass die Tradition der wirtschaftlichen Unselbständigkeit des großen Teiles unserer Volksgenossen an und für sich keinen idealen Zustand darstellt, ist ohne Weiteres zugewiesen, besonders wenn man die immer mehr wachende Arbeitsbeschaffung in Betracht zieht, die den Arbeitern immer weniger an der Herstellung des ganzen Südes Theilnehmen lässt, sondern ihn mehr und mehr auf die Errichtung kleiner, mechanischer, den Geist unbedingt lahnender Thieratlas verweist. Dies und die große Abhängigkeit von dem Kapitalismus, dem Unternehmertum, sind die gemaligsten Schattenseiten der deutigen wirtschaftlichen Entwicklung. Dieser Erscheinung ihre Schreden zu nehmen, der Bevölkerung an Stelle der entzündeten Selbständigkeit nun wenigstens möglichste Sicherheit der Existenz, möglichste Freiheit der geistigen und wirtschaftlichen Kräfte, weitgehendes Schutz gegen die aus dem Kapitalismus entstehenden Gefahren für Arbeitskraft, Gesundheit und Sittlichkeit zu verschaffen, das ist die Aufgabe der sozialen Reformpolitik.“

Vor einigen Nebenkundmachungen abgesehen, ist diese Darlegung in der Haupthalle nichts Anderes, als eine Rechtfertigung des grundsätzlichen Theiles des sozialdemokratischen Programms. Die Sozialdemokratie widerstellt sich dem technischen und wirtschaftlichen Fortschritt, der vollen Entwicklung der Produktionskraft auf der Basis des Grossbetriebes nicht, weil sie darin einen naturnothwendigen Prozess, den Durchgangspunkt zu höherer Produktions- und Betriebsform auf sozialistischer Grundlage sieht. Die soziale Reformpolitik soll das Entwicklungs- und Übergangsstadion erträglicher machen. Vollzieht sich — wie es tatsächlich der Fall — die unvermeidliche und unaufhaltbare Entwicklung mit der im sozialdemokratischen Programm berücksichtigten Konsequenz, dass der Kleinbetrieb verdrängt wird und nur noch die Klasse der Ausbeuter und die Klasse der Ausgebeuteten, Kapitalisten und Proletarier übrig bleibt, so kommt die moderne Gesellschaft ganz sicher auf dem Punkte an, wo die Aufhebung der privaten kapitalistischen Wirtschaft unbedingt erfolgen muss, wenn nicht die Kultur zu Grunde gehen soll. Denn mit den Gegebenen der Kulturerhaltung und Kulturerweiterung sind die Konsequenzen dieser Wirtschaft auf die Dauer unvereinbar. Der sozialistische Großbetrieb wird den privaten kapitalistischen ablösen und für alle Glieder der Gesellschaft eine Quelle der Wohlacht und allerliebsten harmonischen Verwollommung werden. So wenig wie die Herrschaft des kapitalistischen Privat-eigentums an Produktionsmittel von eigener Dauer sein; so wie fallen, diese Herrschaft, und der höheren und gerechteren wirtschaftlichen und sozialen Organisation Platz machen.

Politische Kundschau.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage. Nach den heutigen, erregten Debatten der vorigen Woche sah die Staatsberatung am Montag etwas sanfter ein. Zunächst wurde das Alter und Anzahlbegrenzung besprochen, aber man beschrankte sich absichtlich auf wenige Bemerkungen. Genöige Sänger bezüglichtete als die nächsten Stufen einer Reform die Herauslegung der Altersgrenze und die Erhöhung der Renten, wovon man natürlich bei den anderen Parteien nichts wissen will. Der Zentrumsführer Professor Dr. v. Hartling machte seinen schon im letzten Jahr genannten Vorschlag von neuem, die Dienstboten, Handwerker und die gesammelten landwirtschaftlichen Arbeiter aus den Gesetze ausschließen, der durch die Wiederholung nicht beherzter worden ist und auch jetzt noch keinen sonderlichen Anfang gefunden hat, selbst bei Herrn v. Stumm und denen um Völk nicht. Dann wurde über den Bremner Völk gefasst. Der Abg. Hahn fragte über die Arbeitsüberbildung der Schiffsgeselle, von der Ausbeutung der Heuer und sonstiger Arbeiter sagt er nichts. Herr Kreese aus Bremen und Herr Hamacher als Vertreter des national-liberalen Unternehmertums nahmen die Beratung des Völk natürlich in Schu. Der Schluss der Sitzung wurde durch einen Streit über die Verträge oder Nachtheile des Vorlegetheils ausgefüllt. Herr Barth, Herr Gauß, Graf Arnim und Herr Paeschke sind die befannen Streitbahne in dieser nun schon so und so oft verteilten Frage. Damit auch der Diederichs-Hahn sein Sprachlein ausspielen konnte, wurde die Debatte vertagt.

In der Budgetkommision wurde gestern hohe Politik getrieben und der Staatssekretär von Bülow unter anderem interpellierte, wie es mit Kreis stehe, ob Dreyfus der deutschen Regierung Papiere angeboten habe, wie Deutschland zu China sehe und welche Entschädigung dieses für die Errichtung der Missionare leisten mölle. Bülow, obwohl sehr zurückhaltend, erklärte, dass Deutschland im Interesse des europäischen Friedens an der Missionierung Theilnehmen müsse. Der Hauptmann Dreyfus habe mit der deutschen Regierung niemals in Verbindung gestanden. Das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich sei das besten bestse. Auch mit China sehe Deutschland auf freundlichstes Feste. China habe sich zu einer Söhne des Missionarmordes verstanden. Danach soll der Gouverneur von Shanghai, sowie Leib der den dortigen Beamten abgesetzt werden, die Mörder der beiden Missionare enthaftet und eine Entschädigung an die Missionen gezahlt werden und zwar 3000 Taels für jeden ermordeten Missionar und 30 000 Taels für die Errichtung von drei Kirchen. Weiter sollen drei kaiserliche Schutztafeln errichtet werden.

In der Budgetkommision des Reichstages fand die Staatssekretär Pobedolski bei der Beratung des Poststaats an, dass die Rundschlagsfrist für nicht angestellte Beamte von vier Wochen auf drei Monate erhöht werden soll. Eine leichtere Sommerkleidung für Briefträger soll ebenfalls eingeführt werden. Darauf gelangte einstimmig ein Antrag des Abg. Lieber (S.) zur Annahme, welcher die Gehälter der Landbrieffräger und Unterbeamten noch für dieses Jahr erhöht wissen will. Die Erhöhung des Gehalts des Staatssekretärs von 27 000 auf 30 000 M. wird von der Ausführung dieses Antrages abhängig gemacht und abgelehnt.

Das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute zunächst mit dem Gesetz, das die Amtsaufgaben der Beamten besiegelt will, und das heute in gleicher Gestalt für die Reichsbeamten dem Reichstage zugegangen ist. Nur für eine Beamtenkategorie lässt das Gesetz keine Auktionen bestehen und zwar für die Gerichtsvölker, weil ihre Auktionen zur Deckung der Ansprüche nicht nur des Staates, sondern auch wiedergängiger Privatpersonen dienen. Vom Zentrum vertrittet es der Abg. Imhoff erfolgreich, diese Ausnahme zu beseitigen. Die Erhöhung wurde in erster und zweiter Lesung unverändert angenommen. Die Beratung wandte sich sodann dem Commissariatsgesetz an, dem Gesetz über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staates. Herr von Miquel meinte, dass das Gesetz einem langjährigen Wunsche des Parlaments entspreche und nur die Festlegung den bisher im Reiche und in Preußen geübten Praxis darstelle. Er hoffte daher auch eine leichte Verständigung in der Kommission. Die gleiche Hoffnung sprach der Redner der Nationalliberalen, der jüngst gewählte Abg. Nölle, ein freibamer Amtsräte, aus. Nach langer Debatte, in der der konervative Abge. Immer wieder einmal für die preußischen Kronrechten ins Zeug ging, wurde das Gesetz an einer Kommission zur Vorberatung verweisen.

Die Gründe für den Angriff auf das Konsolidationsrecht der Arbeiter werden in weiten Kreisen nicht völlig anerkannt und gewürdigt. Nicht selten degegen man der Ansicht, dass es sich um eine Marotte der Großindustriellen und von diesen abhängigen Leiter der Regierung handle. Bei genauerer Untersuchung kommt man jedoch zu dem Schluss, dass sowohl das der Recke'sche Vereinsgesetz wie der Pobedolsky'schen Erfolg in engem Zusammenhang mit den gängigen Wirtschaftspolitiken des Reiches stehen. Umstreitig besteht die Ansicht, nach Abschluss der Handelsverträge dem Trennen der Jünger nachzugehen. Freilich wird man nicht mit der Vertragspolitik brechen, aber vorher wird der Jüngste so ändern, dass die Jünger ihre Rechnung dabei finden. Eine Erhöhung der Zölle wird schon durch die Flotten- und Militärgesetze geboten sein. Nun werden die Großindustriellen einer erheblichen Erhöhung des Getreidezolls zustimmen, wenn die Regierung Garantien gibt, dass die Arbeiter nicht durch Erhöhung nach Lohn erhöhung einen Ausgleich herbeizuführen suchen. Dass die Großindustriellen bereit sind, ihr Hand zur Ausplaudierung der Arbeiter zu bieten, sagte Herr Aus, der Kommiss des Zentralverbands deutscher Industrieller, sich im vorigen Jahr in einer Versammlung des rheinisch-westfälischen Fabrikantenvereins in Düsseldorf; er erklärte im Namen der ihm nachstehenden Industrie sich einverstanden mit einer Erhöhung des Getreidezolls. „Wenn sich“, so sagte er wörtlich — „der jetzt bestehende Schwach nicht als genügend erweisen sollte, so erhebt die mir nachstehende Industrie keinen Widerspruch gegen die Erhöhung dieses Schwachs; denn, meine Herren, die Industrie bat sich überzeugt, dass die Höhe der Brotpreise einen außerordentlich geringen Einfluss auf die Höhe der Löhne ausübt.“ Erst tagt im Reichskant der Innen die Sachverständigen-Kommision zur Vorberatung der Revision der Handelsverträge. Die Landwirtschaft ist in dieser Kommision nur durch Anhänger des Antrags Ratnik vertreten. Nach Ansicht dieser Herren darf Roggen nicht unter 16,50 M. und Weizen nicht unter 21,50 M. kosten. Um diesen Preis dauernd zu halten, müsste für Getreidezoll mindestens ein Zoll von 10 M. pro Doppelzentner erhoben

werden. Man möchte also eine Arbeitersfamilie mit 50 bis 60 M. pro Jahr beladen. Eine solche Belastung könnte doch unablässbare Räume hervorrufen, wenn man die Arbeiter im Besitz des Konsolidationsrechts liefe. Daber ist es leicht verständlich, wenn die Großindustriellen mit ihrer Zustimmung zu den Wünschen der Agrarier so lange zurückhalten, bis man sie gegen den Ansturm der Arbeiter geschützt hat. Graf Pobedolski warslug genug, für sein Vorgeben die Jünger verantwortlich zu machen. Diese sollen dann dienen, einen Theil des Zentrums und die Antisemiten für seinen Plan zu gewinnen. Das Zentrum wird für den Streit nicht wenig Anhänger stellen. Denn die christlichen Arbeitervereine sind noch nicht zum Klassenbewusstsein durchgedrungen, dass man ihrerhalben den Streit unterlassen müsse. Am 18. Oktober 1897 beschreibt Weihbischof Dr. Schmitz in seiner Predigt das Ziel der christlichen Arbeitervereine mit folgenden Worten: „Sie alle bekämpfen als einen und einzigen Feind den Gedanken und die Partei des Illustrius.“ In diesen Kampf mag die Vernichtung des Konsolidationsrechts die Arbeiter als wichtiges Glied hineinpassen. Man möge also bei Beurteilung der brennend gewordenen Tagesfrage den Zusammenhang mit der Zollpolitik nicht außer Betracht lassen. Vielleicht fällt mit dem Pobedolsky'schen Plan auch der Plan des Junkerthums. Ohne Anwendung der Arbeiter werden viele Fabrikanten sich scheuen, der Brotpreissteuer zu zuzahlen.

Freiheitsdenkmal in Frankfurt a. M. In der gegenwärtigen Zeit des Byzantinismus, wo das deutsche Bürgerthum die Erinnerung an seine revolutionäre Epoche am liebsten gänzlich vergessen machen möchte, ist es immer erfreulich, wenn aus diesen Kreisen heraus einmal eine würdigere Auffassung jener größeren Zeit zu Tage tritt. Einmal Detarctius ist aus Frankfurt a. M. zu nennen, wo der Magistrat soeben, im Jubilaumsjahr der 1848er Revolution, den Stadtcorporaten Anträge auf Errichtung einer Art von Freiheitsdenkmälern zur Erinnerung vorwarf, die aus dem Jahr 1848 gemacht hat. Der frankfurter Magistrat trägt, wie unter frankfurter Parteidienst ausgeführt, natürlich die entsprechende Erinnerung und schlägt vor, dem zu errichtenden Denkmal die Inschrift zu geben: „Den Andenken der Vorläufer der deutschen Einheit in den Jahren der Vorbereitung von 1815—1848.“ Und seine Begründungsrede beginnet es als selbstverständlich, dass nicht nur das Jahr 1848 für sich allein und aus dem Zusammenhang der vorhergehenden und nachfolgenden Ereignisse herausgenommen zum Gedenken genommen werden können, sondern das Gesamtmoment der deutschen Einheitsbewegung zum Vorwurf zu nehmen sei, „wobei dann von selbst die Bedeutung des Jahres 1848 innerhalb derselben hervortrete.“ Diese Einleidung ist charakteristisch für die Vorstadt, mit welcher das Bürgerthum heute die Erinnerung an das tolle Jahr feiert. Wenn aber dieses Programm loyal durchgeführt, wenn aus der Zeit von 1815—1848 wirklich die charakteristischen Momente, die Opfer des Volkes in den Freiheitskriegen nach den Vorbildern des preußischen Heels seit Jena, die Demagogenvorstellungen, Turner- und Studentenfestzüge der zwanziger und dreißiger Jahre, die Errichtung der Konstablerwache, Georg Büchner und Pfarrer Weißig in Hessen zu ihrem Rechte kommen, dann ist gegen die Erinnerung des Programms kaum etwas einzumunden. — Jedoch steht das Vorhaben des frankfurter Magistrats sehr vortheilhaft von der Vorsicht der Berliner Stadtbürgertum ab, die es nicht einmal wagt, den Namen der Stadt Berlin auf das den Märtyrern gewidmete Denkmal zu setzen.

Was aus der Klauskraubt werden soll, darüber melden die „Berl. Neuest. Nachrichten“ folgendes: „In den deutschen Kriegsschiffen Vermessungen vor- genommen worden. Die Nachrichten differieren darüber, an welchen Seiten man sich dort am besten festsetzen könnte. An maßgebender Stelle wird berathen, für welchen Vorhang man sich entscheide. Zunächst handelt es sich um die Herstellung des Handelsauftrags. Dabei ist eine Verwendung von Reichsmitteln nicht geplant. Vielmehr sollen Geschäftsschiffe gebildet werden, welche die einzelnen Bauten übernehmen. Es verlautet, dass schon eine Gesellschaft entstanden ist, welche Docks bauen will. Andere Privatgesellschaften sollen dem Abschluss nahe sein. Dem Reiche bleibt daneben noch genug zu thun, denn in der Bucht ist auch ein Hafen für Kriegsschiffe eingerichtet. Außerdem sollen am Eingange neue Befestigungen angelegt werden.“

Aus Baden. Die Wahl in Württemberg-Land ist am Freitag, die zweimal für ungültig erklärt worden ist und einmal einen Freilassing, dann den national-liberalen Gedächtnis betraf, ist endlich zu Stande gekommen. Am Freitag ist im dritten Wahlgang der freiheitliche Kandidat Haas mit 62 gegen 61 Stimmen gewählt worden.

Frankreich.

Paris. 20. Jan. Die sozialistischen Deputierten der Kammer haben ein Manifest erlassen, das zwar den Standpunkt der Sozialdemokratie in der Dreyfusaffäre feststellt. In demselben wird gefragt: „In der Affäre Dreyfus verlangt das Protestant nur nach Klartext. — Über

die Rechtmäßigkeit des ergangenen Urteils wollen wir uns nicht aussprechen. Die Affäre Dreyfus hat deshalb so ungeheuer Dimensionen angenommen, weil dadurch zwei Klassen der Bourgeoisie, die sonst in der Unterdrückung des Proletariats einig zusammengehen, gegen einander in Streit gerathen sind. Die beiden Klassen sind Opportunisten und Clerikale. Die Clerikale möchten die gegen einen Juden etablierte Verurtheilung wegen Verdachts ausbeuten, um aber Juden und zugleich alle Protestanten und Freidenker als erblos zu erklären. Damit würden sie alle Mitbürger um die hohen Amtsräte bestreiten und Frankreich wäre bald der clerikale Bourgeoisie ganz ausgeliefert, anderthalb den jüdischen Kapitalisten. Nach allen Standalen, die sie kompromittiert, möchten sie durch die Rehabilitierung eines Mannes ihrer Klasse sich alle rehabilitieren. Das Proletariat darf nicht gefühllos gegen das Unrecht bleiben, selbst wenn es einen Mann aus der dem Proletariat feindlichen Klasse getroffen hat. Das Proletariat hat stets gegen die geheimen Prozeesse protestiert, das Proletariat protestiert auch heute. Aber dabei muss es seine Freiheit erhalten und darf sich keiner der beiden streitenden Klassen der Bourgeoisie ausliefern, weder der Partei Reichs noch der Partei des Grafen. Das dringendste Gesetz des Augenblicks liegt darin, dass die Reaktion sich des Antisemitismus bedienen will, um den Zorn des Volkes von dem clerikalen Kapital auf das jüdische abulen und um die Militärgewalt über die Republik zu stellen. Das Volk darf sich von dem Antisemitismus nicht lügen lassen, da sein Recht auf die Erziehung der jüdischen Aussteuer durch Clerikale wäre. Das Volk darf sich auch nicht vor der Oligarchie der grossen militärischen Chefs beugen, und die nationale Armee, die alle Bürger umfasst, nicht verwechseln mit dem Generalstaube, der von Jesuiten rekrutirt ist.“

Paris. 21. Jan. Auch aus der afrikanischen Kolonie, und zwar aus Algier werden antisemitische Kundgebungen gemeldet. Gestern früh sogen die Demonstrationen nach der Mairie, wo die Marschallie sangen und hierauf versuchten, die Schaufenster an den Läden der Juden zu zertrümmern. Juaven eilten herbei und der Oberst ließ die Menge auffordern, auseinanderzugehen. Sie riefen: „Hoch die Arme! Niede mit den Juden!“ und zogen zum Gouvernementplatz. Die Truppen haben den Befehl erhalten, die Ordnung aufrecht zu erhalten. 150 Verhaftungen wurden vor genommen. Um 11½ Uhr machten sich die Manifekanten unter Hochrufen auf die Armee und den Sitz des 19. Armeecorps daran, die jüdischen Mehlhäuser zu vermauern. Sie schütteten die Säcke aus, bearbeiteten verschiedene Magazine und warfen die Waren auf die Straße. Die Juaven gingen mit aufgeschlagenem Bojonet vor und zerrteute die Manifekanten, von denen einige leicht verwundet wurden. Die Menge sammelte sich jedoch wieder auf den Kai und zündete dort die jüdischen Schnapsläden an. Die Truppen eilten sofort dorthin. Die Feuerbrunst wurde bald gelöscht. Patrouillen durchzogen die Stadt und stellten die Ordnung wieder her. Die Teilnehmer an der Kundgebung begaben sich schließlich nach der Vorstadt St. Eugen und bejubelten die mehrere Landhäuser der Juden. Die Gendarmerie verbündete die Manifekanten, nach der Stadt zurückzuführen, in welcher jetzt Ruhe herrschte. Die Truppen haben ihre Quartiere wieder aufgesucht. Im Gangen wurden zweihundert Personen verhaftet.

Soldatenmühlenblätter. Pariser Blätter berichten: Die rohen Scherze, die sich Soldaten mit den unerfahrenen im Regimente eintretenden Rekruten machen, und die unter dem Namen „brimados“ bekannt sind, fordern, trotzdem streng Verbote gegen sie erlassen worden sind, stets neue Opfer. So wurde in der ersten Schwadron des siebenbürgischen Dragonerregiments in Containbleau ein einberufenen Rekrut Namens Picard von drei älteren Kameraden auf's Korn genommen und unbarmherzig gepeinigt. Vor einigen Tagen zwangen diese Burschen den Unglücklichen, der bereits tot war, sich zu entkleiden, im Zimmer herumzulaufen und sich nackt auf den Fußboden niedergelegen. Dieser „gräßliche“ Scherz wurde mehrere Tage hinter einander wiederholt und am vergangenen Sonnabend hauchte der Gepeinigte seinen letzten Seufzer aus. Er wurde gestern zu Grabe gebracht, während seine drei Peiniger zwischen zwei Mann, die blank gezeigt hatten, folgen mussten. Nach der Trauerzeremonie, bei der der Oberst Chérillot die drei Glenden als verwohne und der Uniform unordnige Gesellen bezeichnete, wurde dieselben in Zellen gejagt, um dort bis zu ihrem Ersticken vor dem Kriegsgericht zu verweilen. Andererseits wird aus dem Departement Paris gemeldet, dass der sozialistische Gemeinderat von Grauhel, Präfektur, an den Folgen der Behandlung, die ihm während seiner Waffenübungen als Rekrut zu Theil geworden, gestorben ist. Präfektur war von dem Militärarzte als stark befunden, aber dennoch geswungen worden, eine über ihn verhängte Arreststrafe in dem eisigen Gefängnisse abzufragen. Am nächsten Tage trat der Mann noch weitere 24 Stunden in dem Arrestlokal verbleiben. Die Zeitungen ver-

Bekanntmachung.

Die im Jahre 1878 geborenen Militärpflichtigen, sowie diejenigen Militärpflichtigen früherer Jahrgänge, welche noch keine definitive Entscheidung über ihr Militärbefähigung erhalten haben, und hier gesetzlich bestimmt sind, werden zur Vermeldung der gesetzlichen Nachtheile bzw. Strafen aufgefordert, sich bei uns unter Angabe ihrer Namen in die Rekrutierungsstämme während des Zeit-

vom 15. d. Mts.

bis zum 1. Februar. d. J.
bei dem Unterzeichneten anzumelden.

Die im Jahre 1878 geborenen Militärpflichtigen, welche nicht im bietigen Gemeindebezirk geboren, aber in Bant gefestiglich geworden, haben den Geburtsort, die Meldepflichtigen früherer Jahrgang den empfangenen Ausgangschein vorzulegen.

Für die abwobenden Militärpflichtigen sind Eltern, Vormünder, Lehrer, Broder oder Fabrikarbeiter zur Anmeldung verpflichtet.

Bant, den 8. Januar 1898.

Der Gemeindevorsteher.

M e n g.

Bauplatz-Verkauf.

Beabsichtige meinen an der Neuen Wilhelmshavener Straße belegenen Bauplatz unter der Hand billig zu verkaufen.

Franz Sandtuchs, Wwe.,
Neue Wilhelmshavener Straße 59.

Billig zu verkaufen
ein fast neu
gewerbiger Handwagen,
sowie eine gute milchgebende Ziege.
Mammens, Adolfstr. 25.

Zu vermieten.

Zander-Altenhof. Für Herrn
Meldior Otten in Middelsoff habe ich

eine Wohnung m. Gartenland
mit Anteit auf den 1. Mai d. J. zu
vermieten. J. S. Gädken, Aufl.

Zu vermieten.

Die zur Zeit von d. Schlachtermeister Kremer bewohnt werdende, an der Oldenburger Straße Nr. 36 zu Bant belegene

Schlachterei

habe ich zum Antritt auf den 1. Mai dieses Jahres anderweitig zu vermieten.

Anschriften werden gebeten, sich baldmöglichst bei mir melden zu wollen.

Bant, 24. Januar 1898.

Mandatar Schwitters.

Zu vermieten

zum 1. Mai eine
vierräum. Unterwohnung,
Wethpreis 225 M.

A. Claassen, R. Wilh. Str. 17.

Zu vermieten

zum 1. Februar eine vierräum. Oberwohnung und zum 1. Mai eine vierräumige Unterwohnung mit Jammt, Zubehör. Preuk, Thelenstraße 1, Schaus.

Zu vermieten

zum 1. Februar eine dreiräum. Oberwohnung mit abgeschlossenem Korbholz, Speicherzimmer und Keller. Voedtke, Berl. Vorstr. 78.

Voedtke, Berl. Vorstr. 78.

Suche Granatabnehmer

für das Frühjahr und Sommer. Sende die Granat ein bis zweimal täglich mit dem Dampfer "Schwarzen" nach Wilhelmshaven. D. Thieling
Granatfabrik und Verhandelsgeschäft
Edwardstraße a. d. J.

Gesucht
auf hof. gute Maurer.

A. Brämer, Louisenstr. 4.

Bürger-Verein Bant.

Einladung

zu dem am Mittwoch den 26. Januar im Saale des Herrn Dr. Gemoll, Zur Arche in Bant, stattfindenden

18. Stiftungsfest

begleitet in

Konzert, Theater und Ball.

Rassenöffnung 8 Uhr. — Anfang 8½ Uhr Abends.

Karten im Vorverkauf 75 Pf. sind zu haben bei den Wirthen Andre Kruse, Herm. Krimmling, Wilh. Herriger, Dr. Gemoll, im Vereinslokal bei Frau Brunlund, sowie im Galanteriewaren-Geschäft von Bonenkamp, Werftstraße, und den Komiteemitgliedern. An der Kasse 1 M.

Mitglieder, welche bis jetzt noch nicht in den Besitz von Festkarten gelangt sind, wollen folger unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches beim Kassirer des Vereins, Alte Wilhelmsh. Str. 4, in Empfang nehmen oder sich beim Eintritt in den Festsaal durch Mitgliedsbuch legitimieren.

Um recht zahlreichen Besuch dieses Festes bitten

Der Vorstand.

Margarine

aus der bestrenommierten Margarine-Fabrik von Homann in Dissen wird in nachstehenden Geschäften à Pfund 50 u. 60 Pf. verkauft.

Schlachtermeister Eichler, Bant,

”	Hemken, Bant,
”	Johannes, Wilhelmshaven,
”	Irps, Wilhelmshaven,
”	Juchenheim, Bant,
”	Janssen, Neubremen,
”	Langer, Wilhelmshaven,
”	Schmacker, Bant,
”	Voigt, Wilhelmshaven,
”	Müller, Wilhelmshaven,
”	Voss, Altheppens,
”	Voss, Sonndieck,
”	Wulff, Neubremen.

Preis 2 Mt.

Zu beziehen durch die Buchhandlung des Nordd. Volksbl.

Neue Wilhelmshavener Str. 38.

Waarenhaus B. H. Bührmann.

Räumungs-Ausverkauf!

Damen-Konfektion
soweit der Vorrath reicht, für jeden annehmbaren Preis.

800 Stück Herren-Anzüge

von 12 bis 33 Mark

bis 15 Mark unter wirthlichem Werth.

**Wer am Herren-Anzug ca. 10 Mark
sparen will, besichtige ohne Kauf-
zwang meine Läger!**

1200 Stück Kravatten

früher 50—150 Pf., jetzt Stück 25 Pf.

Der wahre Jacob Nr. 300

ist erschienen. Preis 10 Pf. Bei Abonnement pünktliche Lieferung.
Buchhandlung des Nordd. Volksblattes.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Mortisse in Wilhelmshaven; Druck und Verlag von Paul Hug in Bant.

Germania-Halle.

Montag den 31. Januar d. J.

Grosses Narren- und Kappfest

verbunden mit sensationellen Überraschungen.

Freunde und Bekannte machen schon jetzt darauf aufmerksam.

J. Saake.

Sprechstunde.

Rüstersiel.

Sonntag den 30. Januar

Nachmittags 4 Uhr

Deß. Gemeindebürger-

versammlung

im Lokale d. Gastwirths Schröder zu Rüstersiel.

Tagesordnung:

1. Gründung eines Bürgervereins für Rüstersiel und Umgegend.
2. Diskussion.

Um zahlreichen Besuch der Einwohner von Neuende bezw. von Rüstersiel und Umgegend bitten ergebnest.

Der Einberufer.

Verband der Zimmerer

Zahlstelle Wilhelmshaven.

Freitag den 28. Januar,

Abends 8 Uhr

Versammlung

bei C. Saderwater, Tonndieck.

Tagesordnung:

1. Hebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Wahl der Vorcomission für 1898.
3. Verschiedenes.

Es ist Wünsch eines jeden Zimmerers,

zu der Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Allgemeine Ortsrentenlaufe.

Der Umtausch der Quittungsbücher und Zahlung der Januar-Beiträge hat bis zum 31. Januar während der Bureauunden, 8—12 Uhr Vorm. und 5—7½ Uhr Nachm., zu erfolgen.

Der Rechnungsführer.

Thaden.

Kranken- und Begräbnisskasse

der Mauren und Steinbauer Wilhelmshaven, Bant, Neuende und Heppens.

Mittwoch den 26. d. Mts.

Abends 8 Uhr

General-Versammlung

in Wagners Hotel (S. Hoffhäuser).

Tagesordnung:

1. Wahl der Krankenbücher und Kontrolleure.
2. Verschiedenes.

NB. Zu dieser Versammlung sind alle Arbeitgeber, welche Beiträge zur Kasse leisten, höflich eingeladen.

Der Vorstand.

Reinigen 1,50 M

neue Feder 1,50 M

Uhrglas 30 Pf.

J. Schneidbohm,

Uhrsch., N. Wilh. Str. 31.

Möbl. Zimmer f. 1 Jg. Mann

Götterstraße 12a, 1 Treppe links,

nähe Thor 1.

Dankfagung.

Für die überaus herzliche Theilnahme bei der Verordnung meines lieben Frau den vielen Transponden, insbesondere allen Denen, die der Beichtorien das Gelehrte zur letzten Ruhestätte gegeben, sage ich, auch Namens der hinterbliebenen Kinderwanden, meinen herzlichsten Dank.

Reinhold Friedrich.

Dem Athleten

Hrn. Th. Falckenberg

(Dieser genannt) zum heutigen Geburtstage ein bravouröses Surrah, das die ganze Nieler Straße kracht.

Ein Weilchen,

was im Verborgenen blüht.